

The logo consists of the letters 'S&D' in white, bold, sans-serif font, set against a solid red square background.

Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

The background of the entire page is a blurred photograph of people walking in a brightly lit, modern interior space, possibly a transit station or a public building. The image is heavily blurred to create a sense of motion and activity. The color palette is dominated by the red of the text and logo, and the cool tones of the blurred background.

TÄTIGKEITS- BERICHT

der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

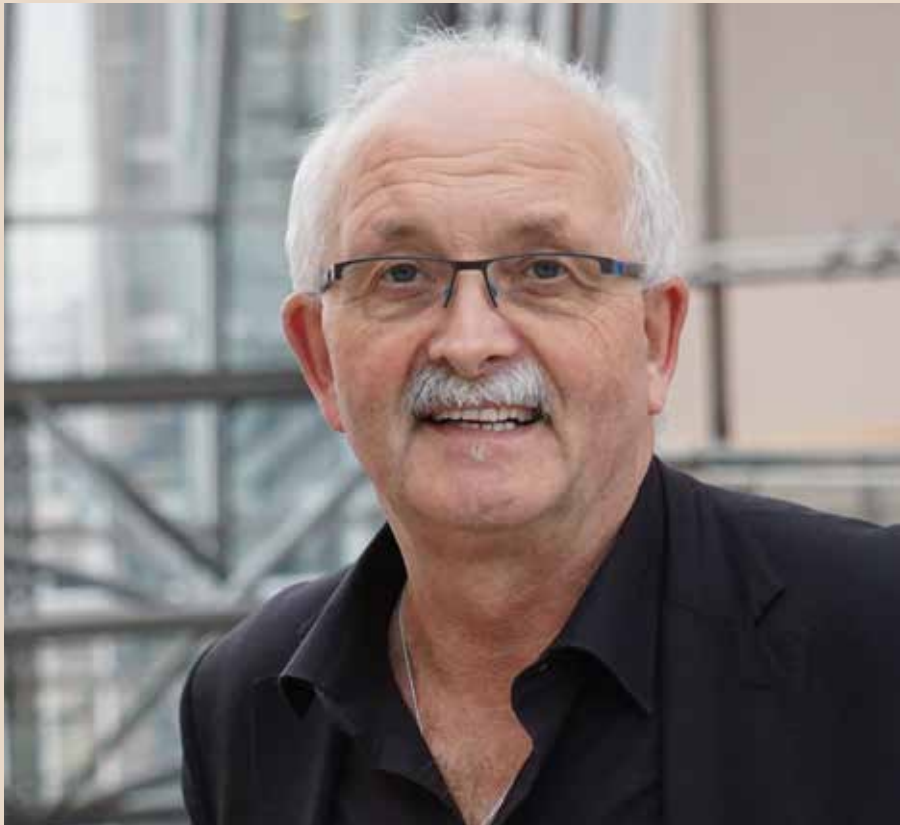
VON BUDAPEST BIS LISSABON

Drei Jahre Herausforderungen für die S&D Fraktion

SPE-Kongress, Lissabon

7./8. Dezember 2018

Dieser Tätigkeitsbericht der S&D Fraktion ist eine Fortsetzung der Berichte an die SPE-Kongresse in Rom und Budapest. Er umfasst den Großteil der Legislaturperiode 2014-2019 und die Aktivitäten und Ergebnisse der S&D Fraktion unter den aufeinanderfolgenden Vorsitzen von Gianni Pittella und Udo Bullmann.



VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde,

dieser Bericht gibt einen Überblick über die Tätigkeiten der Sozialdemokratischen Fraktion in den vergangenen drei Jahren.

Er ist ein klarer Beleg für das, was wir in den letzten Jahren durch harte Arbeit und Entschlossenheit geschafft haben, selbst angesichts großer Herausforderungen wie der Finanzkrise mit ihren gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Wir können stolz sein auf die Kämpfe, die wir gewonnen haben, und wir sollten uns nicht scheuen, über unsere Erfolge zu sprechen.

Jetzt, wenige Monate vor den Europawahlen, kämpfen wir als Fraktion für die richtigen Ziele: Wir sind entschlossen, wenn es darum geht, unsere wichtigsten Werte - Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit - gegen die Feinde eines vereinten Europas zu verteidigen. Wir sind die führende Kraft im Kampf gegen den Rechtspopulismus und gegen jegliche Versuche, unsere Wahlen zu manipulieren. Wir stehen für eine bessere Migrationspolitik: Wir bekämpfen die Ursachen, drängen auf

koordinierte Such- und Rettungsaktionen im Mittelmeer und verlangen die faire Umsiedlung von Flüchtlingen in Europa. Das ist angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen ein starker Standpunkt.

Aber Genossinnen und Genossen, hier dürfen wir nicht Halt machen. Wir können und müssen auf unseren bisherigen Erfolgen aufbauen und uns gleichzeitig auf frische, neue Denkansätze freuen. Wir fordern einen radikalen Wandel in Europa auf der Grundlage eines nachhaltigen Entwicklungsmodells, das soziale, wirtschaftliche und umweltpolitische Maßnahmen miteinander verbindet. Die Nachhaltigen Entwicklungsziele 2030 der Vereinten Nationen spielen eine zentrale Rolle für unsere neue Art, Politik zu gestalten. Wir müssen unseren Planeten für die kommenden Generationen erhalten. Wir müssen leidenschaftlich und stark kämpfen. Wir müssen zusammenstehen, um unsere Werte, unser Europa zu verteidigen. Gemeinsam können wir das!

In Solidarität,

Udo Bullmann
Vorsitzender der S&D Fraktion

Seit dem SPE-Kongress in Budapest im Juni 2015 ist die S&D Fraktion mit zahlreichen Herausforderungen in einem stark rechtslastigen Parlament konfrontiert. Auch wenn unsere politische Familie ihre Position nach den Europawahlen 2014 mit rund 25% der Sitze halten konnte, hat sich das Gesamtbild im Europaparlament drastisch geändert. Trotz massiver Verluste ist die EVP die größte Fraktion geblieben. Die rechtsextremen, populistischen, europaskeptischen und fremdenfeindlichen Parteien schafften einen großen Durchbruch und bildeten zunächst zwei, dann drei politische Fraktionen. Auch die radikale Linke legte deutlich zu.

VON BUDAPEST BIS LISSABON

Die S&D Fraktion hat in schwierigen Zeiten hart gekämpft

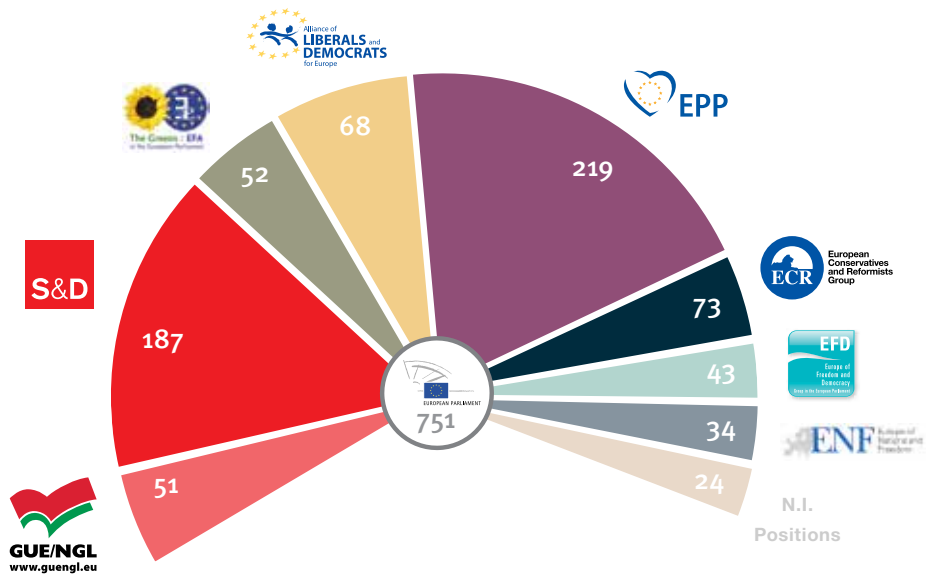


Budapester Kongress, 2015

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben jahrelange wirtschaftliche und soziale Krisen hinter sich, die von verantwortungslosen, ultraliberalen Politiken verursacht und durch falsche Antworten auf der Basis einer einseitigen Sparpolitik verschärft wurden. Es ist klar, dass unsere politische Familie damals nicht sichtbar genug war, um die richtige Botschaft zu vermitteln und die richtigen Antworten und Lösungen mit dem notwendigen Nachdruck zu liefern. Währenddessen schafften es die Populisten mit ihrer Demagogie, in der Bevölkerung vorhandene Ängste auszunutzen und Wut zu verbreiten.

Heute ist das europäische Projekt in Gefahr, und das Misstrauen in Europa hat uns an den Rand des Brexits gebracht. Wir bedauern den Ausgang des Brexit-Referendums zutiefst und sind nach wie vor solidarisch mit unseren Genossinnen und Genossen im Vereinigten Königreich. Wir glauben, dass der Pro-Remain-Marsch in London, an dem im Oktober über 700.000 Menschen teilgenommen haben, ein klares Zeichen war, dass noch nicht alles verloren ist. Der Marsch war ein Beweis dafür, dass die britischen Bürgerinnen

Sitzverteilung im Europäischen Parlament – Stand am 9. Oktober 2018



Udo Bullmann, S&D Fraktionschef, beim YES-Sommerlager – Spanien, Juli 2018

und Bürger eine zweite Chance wollen, um ihr Land in der EU zu halten. Dieses Mal möchten sie ihre Entscheidung auf echte Fakten und auf die Wahrheit stützen und nicht auf falsche Informationen und Lügen. Wir sind an ihrer Seite. Sollte der Brexit durchgehen, sind wir für eine neue, konstruktive Beziehung zwischen Großbritannien und der EU, aber unsere roten Linien sind klar.

Eine neue Beziehung darf unsere Standards nicht senken und weder unser Gesellschaftsmodell noch die Rechte der Bürgerinnen und Bürger untergraben. Sie sollte eine faire Lösung des Problems der irischen Grenze garantieren und ihre Verpflichtungen einhalten, indem eine ordnungsgemäße finanzielle Regelung abgeschlossen wird.

Die Migrationskrise hat den Populisten Auftrieb gegeben und ist an die Spitze der politischen Agenda gepusht worden. Dabei ist ein gespaltenes Europa zum Vorschein gekommen, wo die Grundsätze der Solidarität und der humanitären Hilfe durch nationale Egoisten in Frage gestellt werden. Die Entwicklung freiheitsfeindlicher Demokratien wie in Ungarn oder Polen und die Fähigkeit ausländerfeindlicher Parteien,

in Regierungspositionen zu gelangen, wie in Österreich oder Italien, sind für die Demokraten in ganz Europa Anlass zu Besorgnis. Einige Mitte-Rechts-Kräfte sind wieder versucht ihre Positionen zu radikalieren und richten sich an der extremen Rechten aus. Wir haben in der EVP Spaltungen gesehen in der Frage der Mitgliedschaft der ungarischen Fidesz-Partei und der schlussendlichen Entscheidung, sie nicht auszuschließen. Das war wirklich beschämend für eine politische Familie, die beteuert, Kern und Ursprung europäischer Werte zu sein. Die Tumulte innerhalb der historischen CDU-CSU-Koalition ausgelöst durch die Migrationsfrage waren ein weiterer Fall.

Auch auf der internationalen Bühne gibt es Probleme. Das Weiße Haus wird von einem streitlustigen und unberechenbaren Populisten geführt, der darauf aus ist, Jahrzehnte des Multilateralismus und internationaler Zusammenarbeit zunichte zu machen. Auch Russland entwickelt eine aggressive Einstellung. Beide sehen die EU als einen Feind, den es mit Hilfe europäischer Nationalisten und rechtsextremer Parteien sowie der massiven Nutzung von Fake News, Trolls und Hackern zu untergraben gilt. Sie

verbreiten Hass, spalten und beeinflussen und sabotieren gar demokratische Wahlvorgänge.

Ja, wir haben schwierige Zeiten durchgemacht, aber das ist kein Grund, um unsere Prinzipien und Werte aufzugeben! Der wirtschaftliche Aufschwung, wenngleich noch immer fragil, hat begonnen. Das wäre ohne die Anstrengungen unserer Parteienfamilie nicht möglich gewesen. Wir waren die Wegbereiter zahlreicher Initiativen, sei es die Regulierung der Finanzindustrie, die Förderung eines ehrgeizigen EU-Investitionsplans oder die Jugendgarantie für unsere Jugendlichen. Das sind nur einige wenige Beispiele für die wichtige Rolle, die unsere politische Familie bei der Remobilisierung der progressiven Kräfte in ganz Europa gespielt hat und weiterhin spielen muss. Nur die S&D Fraktion kann eine fairere Alternative zu den vereinfachenden und irreführenden populistischen Versprechen einerseits und der konservativen und liberalen Sackgassenpolitik andererseits anbieten.

Es gibt noch eine bemerkenswerte politische Entwicklung in Europa. Sie beruht auf der Idee einer neuen politischen Mitte, die in der Lage ist, Populismus und Europaskepsis zu bekämpfen und die Verteidigung Europas und seiner Werte hochzuhalten. Lasst uns klar sein: Wir werden uns nicht vom Sirenenengesang der Liberalen verleiten lassen. Das Macron-Projekt ist vielleicht von Natur aus proeuropäisch, es ist aber auch eine Wiederholung der ultraliberalen Politiken, die unsere Volkswirtschaften beschädigt und den Populisten den Weg geebnet haben. Sozial ungerecht und wirtschaftlich auf der Besessenheit mit Liberalisierung und des Laissez-faire beruhend – das ist nicht das Modell, an das wir glauben. Wir können unseren Bürgerinnen und Bürgern mehr bieten.

In Spanien, Portugal und Schweden hat unsere politische Familie maßgeblich zur Wahrung der Demokratie und zur Entwicklung fortschrittlicher Politiken und Wirtschaften auf der Grundlage von Solidarität beigetragen. Unsere zahlreichen Errungenschaften im Europaparlament haben gezeigt, wie stark wir sein können, wenn wir zusammen halten.

Unsere Fraktion hat auch durch ihre enge Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) eine wichtige Rolle inne. Als Parlamentsfraktion sind wir in der Lage, Allianzen zu schmieden und eine progressive, politische Agenda voranzubringen. Hier findet die Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und sozialdemokratischen

Abgeordneten aus allen EU-Mitgliedsstaaten täglich statt. Das schafft Synergien und befähigt uns, die europäischen Gesetze und Politiken maßgeblich zu beeinflussen.

Die politische Landschaft Europas verändert sich rasch, neue progressive politische Kräfte entstehen. Wir möchten diese Kräfte um unsere Werte herum vereinen.

Die Entstehung fortschrittlicher zivilgesellschaftlicher Bewegungen, oftmals im Internet, ist ein weiteres gesellschaftliches Phänomen, das wir nicht ignorieren können. Wir müssen zu diesen schnell wachsenden Gruppen von (e-)Bürgerinnen und Bürgern Brücken bauen. Wir sind stolz auf unsere zahlreichen Initiativen, um einen Dialog mit Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und progressiven sozialen Netzwerken aufzunehmen und mit ihnen zu arbeiten. In dieser Hinsicht arbeiten wir eng mit Avaaz zusammen, einem starken Netzwerk von Aktivisten mit 48 Millionen Mitgliedern, dessen progressive politische Agenda zur Unterstützung des europäischen Projekts uns am Herzen liegt.

Wir treffen Leute außerhalb der „Brüsseler EU Blase“ durch eine Reihe von „Together“- und „Go-Local“-Veranstaltungen. Das Ziel ist es, offene und ehrliche Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft Europas zu fördern und Fragen über politische Themen zu beantworten, die ihren Alltag beeinflussen. Das „Together“-Konzept ist eine Reise quer durch Europa, um progressive Denkerinnen und Denker zusammenzubringen, Ideen auszutauschen und unsere gemeinsame Zukunft zu gestalten. Am Ende jeder Veranstaltung werden Erklärungen zu unterschiedlichen Themen angenommen, als Inspiration für unsere künftige Politik. Die Debatte geht auf einer speziellen Website weiter, die für alle offen und zugänglich ist.

Eine weitere wichtige und fruchtbare Erfahrung ist die „Schule der Demokratie“. Dabei laden wir junge Menschen aus ganz Europa und der Welt ein, um mit hochrangigen PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen über ihre Sorgen und Erwartungen zu diskutieren. Mit dieser offenen Form der Diskussion schaffen wir eine einzigartige und dynamische Ideenwerkstatt. In den letzten vier Jahren haben wir eine Gemeinschaft von 400 Jugendlichen etabliert, die immer noch in den sozialen Medien aktiv ist und progressive Ideen und Werte mit einem bemerkenswerten Multiplikationseffekt verbreitet.

"Nur die S&D Fraktion kann eine fairere Alternative zu den vereinfachenden und irreführenden populistischen Versprechen einerseits und der konservativen und liberalen Sackgassenpolitik andererseits anbieten."

Zudem haben wir mit den Initiativen „Progressive Economy“ und „Progressive Society“ einen langfristigen Reflexionsprozess über die Zukunft unseres Kontinents, eine alternative und gerechtere Wirtschaft im Dienste der Bürgerinnen und Bürger und ein gesellschaftlich und ökologisch nachhaltiges Entwicklungsmodell für Europa in die Wege geleitet.

In diesem Zusammenhang haben wir die unabhängige Kommission für nachhaltige Gleichheit gefördert. Ihr Bericht „Wohlergehen für alle in einem nachhaltigen Europa“ liefert eine eingehende Analyse der Krisen in unseren Gesellschaften und legt eine Reihe von mutigen Vorschlägen für einen radikalen Kurswechsel dar.

Wir arbeiten nach wie vor eng mit unseren Schwesterparteien und -organisationen wie SPE, YES, FEPS und mit sozialdemokratischen Gruppen, sowohl in anderen EU-Institutionen als auch in den nationalen Parlamenten, zusammen. Außerdem stehen wir durch das „Global Progressive Forum“ in engem Kontakt mit fortschrittlichen Kräften auf der ganzen Welt. Dieses Forum bringt progressive Politikerinnen und Politiker und Entscheidungsträger, sowie Führungspersonlichkeiten der Zivilgesellschaft und Gewerkschaftsführerinnen und -führer aus allen Teilen der Welt zusammen. Die Bandbreite der Diskussionsthemen reicht von Alternativen zur neoliberalen Globalisierung über die Bekämpfung des Rassismus und den Umgang mit der Diktatur der Finanzmärkte bis zur weltweiten Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Solidarität.

Wir haben auf faire und demokratische Art und Weise das Auswahlverfahren für unseren „Spitzenkandidaten“ ins Leben gerufen und vorangetrieben. Wir glauben, dass dieses offene Verfahren unsere Sichtbarkeit in Europa erhöht und den Bürgerinnen und Bürgern den transnationalen Charakter unserer politischen Familie und unserer Werte vermittelt.

Im Vorfeld der Wahlen 2019 müssen wir Sozialdemokraten uns auf unsere Kernwerte besinnen: Solidarität, unsere Alternative für eine fortschrittliche Gesellschaft und Wirtschaft und unser Streben nach einem anderen und sozial gerechteren Europa. Wir müssen unsere Identität erneut bekräftigen. Den ersten Schritt haben wir 2017 getan, indem wir aus der großen Koalition mit der EVP ausgetreten sind. Diese Koalition hatte unsere politische Sichtbarkeit viel zu lange gefährdet. Zu dieser Zeit stellte sich eine rechte Opposition bestehend aus der konservativen EVP, der liberalen ALDE und der europaskeptischen EKR-Fraktion gegen die Kandidatur von Gianni Pittella als Präsident des Europäischen Parlaments. Es war ein grundverschiedenes Bündnis, dessen oberstes Ziel es war, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Status quo in Europa zu wahren und die Durchführung progressiver Politiken zu blockieren.

Wir werden den europäischen Bürgerinnen und Bürgern beweisen, dass wir die wahre Alternative zum Ultraliberalismus und zu der dazugehörigen Spielcasino-Wirtschaft sind. Wir sind erbitterte Gegner derjenigen, die Hass und Zwietracht zwischen den Menschen verbreiten und nationalistischen Egoismus fördern. Diesen Kampf werden wir bis zu den Europawahlen in jedem unserer Länder fortführen. In der Zwischenzeit lasst uns voller Stolz unsere lange Erfolgsbilanz als wichtige politische Fraktion und als fortschrittliche Kraft im Sitz der europäischen Demokratie, dem Europäischen Parlament, betrachten.



Pedro Sánchez, Ministerpräsident Spaniens



Schule der Demokratie – Italien, Juni 2018



Theresa Griffin und Judith Kirton-Darling, Europaabgeordnete der S&D Fraktion







Marsch für Europa, S&D Delegation – Rom, März 2017



Unsere Zielsetzung für Europa:

**EINE GERECHTE
GESELLSCHAFT
IM DIENSTE
IHRER
BÜRGERINNEN
UND BÜRGER**

Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, eine gerechte Gesellschaft: Dies sind integrale Bestandteile unserer politischen DNA und unsere Fraktion hat in dieser Hinsicht viel erreicht.



Kundgebung „Keine Mauern mehr in Europa – Brüssel



Maria João Rodrigues, stellvertretende Vorsitzende der S&D Fraktion

"Wir werden weiter Druck auf die Kommission und den Rat ausüben, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, damit die Gesetze und Politiken der EU den gesellschaftlichen Bedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger gerecht werden."

Wir haben konsequent die Schaffung einer echten und ehrgeizigen sozialen Säule auf der Ebene der EU gefordert, und wir haben die Göteborg-Proklamation der Europäischen Säule Sozialer Rechte als einen wichtigen ersten Schritt begrüßt. Nichtsdestotrotz werden wir weiter Druck auf die Kommission und den Rat ausüben, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, damit die Gesetze und Politiken der EU den gesellschaftlichen Bedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger gerecht werden – vor allem jener, die zu den unsichersten Bedingungen arbeiten. Konkret möchten wir folgendes sehen: die Umsetzung der Vorschriften über den universellen Zugang zu Sozialschutz; einen Rechtsrahmen für den Schutz von neuen atypischen Arbeitsformen als Ergebnis der Digitalisierung; weniger Ungleichheiten; garantierte hohe Sozialstandards, angemessene Löhne und starke Tarifverhandlungen. Außerdem sollten Sozialrechte vollständig im Europäischen Semester und in den länderspezifischen Empfehlungen verankert werden, damit der europäische Zusammenhalt nicht nur auf wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch auf sozialen Aspekten beruht.

Die Überarbeitung der Entsenderichtlinie war eine der wichtigsten Forderungen der S&D Fraktion. Die Mängel der ursprünglichen Gesetzgebung öffneten Sozialdumping und unlauterem Wettbewerb Tür und Tor. Das wurde von Populisten, die das europäische Projekt kritisierten, und von einigen Arbeitgebern, die die Arbeitnehmer gegeneinander ausspielten, stark ausgenutzt. Trotz unterschiedlicher Ansichten in ganz Europa haben sich die aktualisierten Vorschriften als großer Erfolg erwiesen. Sie beruhen auf wesentlichen Grundsätzen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, faire Behandlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab dem ersten Tag ihrer Entsendung und faire Löhne im Einklang mit Tarifvereinbarungen.



Stoppt Gewalt gegen Frauen – Brüssel

Arbeitnehmer haben Anspruch auf verschiedene Zulagen und Vergütungen sowie auf die Erstattung von Reisekosten und auf angemessene Unterbringung – all dies zusätzlich zu ihrem Lohn.

Allgemeiner gesprochen war es unsere politische Familie, die dafür gesorgt hat, dass das Übel des Sozialdumpings und der prekären Beschäftigung voll und ganz eingeräumt worden ist. Das war der erste Schritt auf dem Weg zu weiteren konkreten EU-weiten Maßnahmen. Wir waren fest auf der Seite der Beschäftigten und haben die Petition der McDonald's-Mitarbeiter unterstützt, um ihre unsicheren Arbeitsplätze und den missbräuchlichen Charakter von befristeten Verträgen zu beleuchten. Wir haben auch die Aktion der Ryanair-Angestellten unterstützt und sind weiter fest entschlossen, die zwielichtigen Methoden und Geschäftsmodelle von Billigfluglinien zu bekämpfen. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für alle gewährleisten und Unternehmen daran hindern, Unterschiede in den nationalen Rechtsvorschriften auszunutzen. Letzteres würde zu einem Wettbewerb zwischen den Arbeitsnormen und -bedingungen innerhalb Europas führen. Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten hat gerade einen ehrgeizigen Bericht über bessere Arbeitsbedingungen angenommen, der bessere Rechte und besseren Schutz für alle Arbeitnehmer garantiert. In Kürze werden die Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten beginnen.

Jeder Arbeitnehmer verdient einen korrekten Vertrag anstelle der Unsicherheit von Schwarzarbeit. Wir haben eine Plattform zur Bekämpfung der Schwarzarbeit eingerichtet. Wir prüfen Möglichkeiten, von Schwarzarbeit abzuschrecken und unangemeldete Arbeit in angemeldete Arbeit zu verwandeln. Derzeit finden Verhandlungen über die zukünftige Europäische Arbeitsbehörde statt.

Wir haben auch maßgeblich dazu beigetragen, das Netzwerk der europäischen Arbeitsverwaltungen (EURES) zu stärken, die Arbeitsmärkte weiter zu integrieren, den Beschäftigten Zugang zu Mobilitätsdienstleistungen zu geben, die europaweite Vermittlung von Arbeitssuchenden zu erleichtern und die Arbeitslosigkeit und den Fachkräftemangel zu verringern.

Zu viele Arbeitnehmer in Europa sind wegen der kurzfristigen und rein profitorientierten Sichtweise großer Unternehmen, die lieber ihre Aktionäre als ihre Arbeitskräfte belohnen, von Arbeitslosigkeit bedroht. Verschärft wird dies durch das Fehlen einer wirklich europäischen Industriepolitik. Wir haben in diesem Kampf die Führungsrolle übernommen und die Arbeiter aus der Fertigungs- und Stahlindustrie unterstützt, die Opfer von Werksschließungen wurden. Wir haben eine Reindustrialisierungspolitik gefordert und die Finanzialisierung der Wirtschaft angeprangert. Zudem haben wir die Schaffung von Mechanismen verlangt, die die Arbeitnehmer vor missbräuchlichen Entlassungen schützen würden.

Das hohe Niveau der Jugendarbeitslosigkeit ist ein Skandal. Wir waren die treibende Kraft hinter der Jugendbeschäftigungsinitiative und haben vor kurzem eine Aufstockung ihrer Finanzierung erreicht. Zudem haben wir die Verlängerung von Erasmus für den Zeitraum 2014-2020 voll unterstützt und darauf bestanden, dass es auch Projekte zur Unterstützung der gesellschaftlichen Eingliederung umfasst, insbesondere für Flüchtlinge und Migranten. Wir steckten auch hinter dem Kommissionsvorschlag zur Einführung eines Europäischen Studierendenausweises, der jetzt in Vorbereitung ist. Dahinter steckt die Idee, Erasmus durch eine Erleichterung der Anerkennung von Diplomen und Qualifikationen zu ergänzen und Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen in ganz Europa zu geben. Wir werden nach wie vor das Europäische Solidaritätskorps unterstützen, welches das gesellschaftliche und bürgerschaftliche Engagement der jungen Menschen fördert. Die S&D Fraktion hat hart gearbeitet, um Regeln aufzustellen, damit Freiwillige an gemeinnützigen Aktivitäten Gefallen finden und angemessene Arbeitsbedingungen erhalten. Wir hatten entscheidenden Anteil daran, dass diese neue Initiative ihr eigenes Budget erhalten hat, ohne andere etablierte und wertvolle Programme, wie z.B. Erasmus, zu beeinträchtigen.

In unseren modernen Gesellschaften sind Eltern heutzutage oft berufstätig und erziehen gleichzeitig ihre Kinder. Die Vereinbarkeit von Beruf- und Familienleben ist wichtig für die S&D Fraktion. Wir konnten die Kommission überzeugen, diesbezüglich einen Vorschlag auszuarbeiten, der einen gut bezahlten und nicht übertragbaren Elternurlaub, einen gut bezahlten Vaterschaftsurlaub und Pflegeurlaub umfasst. Der Beschäftigungs- und Sozialausschuss des Europaparlaments

hat unlängst einen ehrgeizigen Bericht zu dieser Frage angenommen, über den derzeit mit dem Ministerrat verhandelt wird.

Familien in Not sollte es in unseren Gesellschaften nicht mehr geben. Wir haben immer wieder eine Europäische Kindergarantie für armutsgefährdete Kinder gefordert. Die Kindergarantie soll kostenlose Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung, kostenlose Bildung, menschenwürdige Unterkunft und richtige Ernährung für jedes gefährdete Kind bieten.

Unsere Fraktion fühlt sich seit jeher der Gleichstellung von Frauen und Männern verpflichtet. Wir haben unentwegt mehr Maßnahmen auf EU-Ebene gefordert, z.B. eine Richtlinie zur Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles. Die erste Schlacht haben wir gewonnen. Die Kommission hat einen Aktionsplan zu diesem Thema ausgearbeitet, und wir werden uns weiterhin für die Einbeziehung des Gleichstellungsaspekts in alle EU-Politikbereiche einsetzen, einschließlich der haushaltspolitischen Aspekte.

Außerdem waren wir maßgeblich an der Bildung von Mehrheiten im Europaparlament beteiligt, um die sexuelle und reproduktive Gesundheit und damit verbundene Rechte, einschließlich des Zugangs zur sicheren und legalen Abtreibung, entschieden zu verteidigen.

Wir haben zahlreiche Initiativen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf den Weg gebracht, und wir unterstützen nachdrücklich die Istanbul Konvention. Wir bleiben hart im Kampf gegen Sexismus in öffentlichen Werbeanzeigen und bei der Verhinderung und Bekämpfung von Mobbing und sexueller Belästigung im Rahmen der MeToo-Kampagne. Wir unterstützen entschieden den Schutz gefährdeter

"Unsere Fraktion fühlt sich seit jeher der Gleichstellung von Frauen und Männern verpflichtet. Wir haben unentwegt mehr Maßnahmen auf EU-Ebene gefordert."



Zita Gurmai, Vorsitzende der SPE Frauen, und **Cécile Kyenge**, Europaabgeordnete der S&D Fraktion



Iratxe García Pérez, Europaabgeordnete der S&D Fraktion



Edouard Martin, Europaabgeordneter der S&D Fraktion



Marie Arena und **Julie Ward**, Europaabgeordnete der S&D Fraktion, mit **Josef Weidenholzer**, stellvertretender Vorsitzender der S&D Fraktion



Together-Veranstaltung – Brüssel, Oktober 2017

Gruppen von Frauen wie Flüchtlinge und Asylsuchende oder Opfer von sexueller Gewalt, Menschenhandel und Arbeitsausbeutung. Bezüglich der Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmern haben wir die Richtlinie über krebserregende und erbgutverändernde Stoffe verbessert, indem wir auch fortpflanzungsgefährdende Stoffe einbezogen haben.

Im Verkehrsbereich haben wir sichergestellt, dass die sozialen Rechte und Arbeitsgesetze sowie das Recht auf Aus- und Weiterbildung, gute Arbeitsbedingungen und das Streikrecht durch die EU-Verkehrsgesetzgebung nicht geschwächt werden. Aktuelle Beispiele dafür sind die Verordnung für Hafendienste, Vorschriften für die Regelung der Luftfahrt und das vierte Eisenbahnpaket. Im Rahmen des Mobilitätspakets verteidigen wir mit Nachdruck die gleichen Grundsätze für Lastwagenfahrer.

Der Verbraucherschutz ist ein weiterer Politikbereich, wo die Europäische Union ihren Mehrwert im täglichen Leben der Bürgerinnen und Bürger unter Beweis stellen kann. Dank unserer hartnäckigen Forderungen und unseres entschlossenen Handelns gehören maßlos übertriebene Roaminggebühren und Wucherrechnungen für Auslandstelefonate jetzt der Vergangenheit an.

Wir haben beharrlich auf einen Kommissionsvorschlag für eine EU-weite Sammelklage gedrängt, die dringend

notwendig ist, um die Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen, und wir haben ihn erhalten. Der Skandal um Dieselabgase ist ein Paradebeispiel dafür.

Das Internet hat unsere Lebensweise und unsere Wirtschaft so einschneidend verändert, dass Online-Sicherheit als ein Recht für jeden Verbraucher und als eine Möglichkeit zur besseren gesellschaftlichen Integration angesehen werden kann.

Diesbezüglich haben wir für eine starke Richtlinie für die Barrierefreiheit von Websites gekämpft und verhandeln mit dem Rat über ein umfassenderes Gesetz zur Barrierefreiheit, das den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen für behinderte und ältere Menschen erleichtern würde. Außerdem haben wir dem ungerechtfertigten Geoblocking und anderen Formen der Diskriminierung auf der Grundlage der Nationalität oder des Wohnorts von E-Konsumenten ein Ende gesetzt.

Die Sicherheit im Internet (Cybersicherheit) ist ein echtes Thema für öffentliche Behörden und Dienste, aber auch für große Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger. Wir haben hart gearbeitet, um Maßnahmen zur Stärkung der Cybersicherheit zu beschließen, und wir begrüßen die Annahme der Richtlinie für Netz- und Informationssicherheit, die die EU-weite Zusammenarbeit auf diesem Gebiet verbessern wird.

Mit ihrer Beharrlichkeit erreichte die Sozialdemokratische Fraktion ein höheres Maß an Flexibilität bei der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Das war unsere Antwort auf die unnötigen, harten Sparmaßnahmen und die absurde wirtschaftliche Starrheit, die die konservativen Kräfte Europa aufgezwungen haben. Sie wurden im Parlament von einer Ad-hoc-Koalition aus EVP, der liberalen ALDE und europaskeptischen Fraktionen unterstützt. Von unserer goldenen Regel geleitet, haben wir für die Länder in der Wirtschafts- und Währungsunion das Recht erkämpft, von den geltenden Regeln für ein ausgeglichenes Budget und den Abbau eines übermäßigen Defizits abzuweichen, wenn dies der Erholung ihrer Wirtschaft durch strategische Investitionen zugutekommen könnte.

NO 
TAX HAVENS



EINE GERECHTE UND NACHHALTIGE WIRTSCHAFT -

im Dienste aller, nicht einiger Habgieriger

"Die Umstellung auf eine nachhaltigere Wirtschaft steht ganz oben auf unserer politischen Agenda, und wir wollen dafür sorgen, dass das Finanzsystem auf dieses Ziel hinarbeitet."

Wir haben die Vereinbarung zwischen der Eurogruppe und Griechenland über Maßnahmen zur Schuldenentlastung begrüßt. Das war ein Meilenstein für die Rückkehr Griechenlands auf den Weg zu nachhaltigem Wachstum und Eigenständigkeit. Sie signalisierte auch das Ende der Sparpolitik, der schmerzlichen Opfer und des gesellschaftlichen Chaos. Wir haben eine ambitionierte Reform des Systems der Wirtschafts- und Währungsunion gefordert, um eine Wiederholung der Fehler der Vergangenheit zu vermeiden.

Vor dem Hintergrund des Traumas durch die Finanzkrise 2008 haben wir entschieden auf die Schaffung einer Fiskalkapazität für die Eurozone gedrängt, um die Fähigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion zur Abfederung von wirtschaftlichen Erschütterungen zu stärken. Jetzt hat die Kommission einen Gesetzesvorschlag für eine Europäische Investitionsstabilisierungsfunktion vorgelegt.

Die Bankenunion war ebenfalls eine unserer nennenswerten Errungenschaften. Sie unterstützt die Stabilisierung der Eurozone und hilft, eine stärkere Integration des EU-Finanzsystems zu gewährleisten. Sie beaufsichtigt den Bankensektor, bewertet Risiken, schützt die Einlagen der Bürgerinnen und Bürger und begrenzt die Notwendigkeit der öffentlichen Risikobeteiligung und den Einsatz von Steuergeldern zur Unterstützung von krisengeschüttelten Banken. Jetzt liegt ein Kommissionsvorschlag für ein europaweites Einlagensicherungssystem auf dem Tisch, das diesen Prozess vervollständigen würde.

Wir haben unsere starke Unterstützung für die von missbräuchlichen Finanzpraktiken betroffenen Bürgerinnen und Bürger gezeigt, indem wir die Petitionen von Menschen unterstützt haben, die aufgrund der Fehler angeblich sicherer und zuverlässiger Finanzinstitute obdachlos wurden und immer noch Hypotheken abzahlen müssen.

Unsere Forderung nach einem Investitionsplan zur Unterstützung von Beschäftigung und Wachstum war eine unserer zentralen Bedingungen, um die Juncker-Kommission zu unterstützen. Vier Jahre danach ist das Ergebnis recht positiv, mit der Annahme von mehreren Finanzierungsschwerpunkten durch den Europäischen Fonds für Strategische Investitionen und das zukünftige Programm InvestEU.

Diese Arten der Finanzierung sind für hochwertige Projekte, die die Schaffung von Arbeitsplätzen ebenso fördern wie den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und territorialen Zusammenhalt. Wir begrüßen die Ausweitung des Investitionsziels von 315 auf 500 Milliarden Euro.

Die Umstellung auf eine nachhaltigere Wirtschaft steht ganz oben auf unserer politischen Agenda, und wir wollen dafür sorgen, dass das Finanzsystem auf dieses Ziel hinarbeitet. Bislang haben sich

unsere Forderungen nach Gesetzesvorschlägen für die Förderung von Investitionen in kohlenstoffarme Technologien, erneuerbare Energien und nachhaltige Unternehmen ausgezahlt. Neue Gesetze werden bei der sozial- und umweltverträglichen Umgestaltung der Wirtschaft wirkungsvoll sein.

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger, die von jahrelanger Sparpolitik und wirtschaftlicher Rezession schwer getroffen wurden, sind zu Recht empört über die „Panama Papers“ und „LuxLeaks“ Skandale.

Diese Skandale haben das Ausmaß der weit verbreiteten Praktiken der Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und der unlauteren Steuerkonkurrenz zwischen den Mitgliedsstaaten aufgezeigt. Unsere Fraktion hatte schon viel früher die Alarmglocken geläutet und solche Praktiken verurteilt. Dank unserer Hartnäckigkeit wurden in der Folge spezielle Untersuchungsausschüsse eingesetzt, um die Skandale zu untersuchen.

Auch bei der Überarbeitung der Geldwäscherichtlinie waren wir die treibende Kraft. Wir wollten sicherstellen, dass die Öffentlichkeit Zugang zu Informationen über die Eigentümer von Unternehmen und Treuhandgesellschaften erhält. Dadurch sollte die Identifizierung jener erleichtert werden, die Briefkastenfirmen zum Zweck der Geldwäsche und der Steuerflucht nutzen. Wir standen auch voll und ganz hinter der Richtlinie für den automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerverwaltungen. Dieser Mechanismus hat die Verfahren zur Verhinderung von Steuervermeidung und Steuerumgehung verbessert.

Außerdem haben wir uns dafür eingesetzt, die nach Ländern aufgliederte jährliche steuerliche Rechnungslegung von multinationalen Konzernen in der EU öffentlich zu machen. Diese Art von Übersicht ist eine Möglichkeit, zu verhindern, dass Unternehmen mit grenzübergreifenden taktischen Maßnahmen Steuern vermeiden.

Wir haben die einheitliche konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage verbessert, die aus einer Reihe von Regeln für die Berechnung der steuerpflichtigen Gewinne von Unternehmen in der EU besteht. Sie wurde auf Unternehmen aller Größen ausgeweitet. Die Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert, Regeln zu beschließen, um die Wiedererlangung von Steuereinnahmen zu maximieren, die derzeit verlorengehen. Als Reaktion auf die schnell wachsende Digitalwirtschaft bestanden wir zudem darauf, dass die Kommission einen Vorschlag vorlegt, um sicherzustellen, dass Digitalunternehmen gerechte Steuern zahlen. Und schließlich haben wir erfolgreich einen Kommissionsvorschlag für den Schutz von „Whistleblowern“ in der ganzen EU verlangt. Das sind Leute, die Verstöße gegen EU-Recht in vielen unterschiedlichen Bereichen melden, einschließlich der Besteuerung.

"Wir waren Vorreiter beim Gesetzespaket zur Kreislaufwirtschaft und haben die Vorschriften für die Abfallbewirtschaftung durch eine Reihe von ehrgeizigen Maßnahmen mit Schwerpunkt auf Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling aktualisiert."

Kathleen Van Brempt, stellvertretende Vorsitzende der S&D Fraktion

Eric Andrieu, stellvertretender Vorsitzender der S&D Fraktion



ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE IN EINKLANG BRINGEN

Unsere Fraktion engagiert sich konsequent für die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und ihre nachhaltigen Entwicklungsziele. Wir sind fest überzeugt, dass eine saubere Umwelt untrennbar zum Wohlergehen der Bevölkerung gehört und eine Frage der Solidarität zwischen den Menschen und Generationen ist. Unser sozialdemokratischer Ansatz bedeutet, dass die Beendigung der schlechten Behandlung von Arbeitnehmerinnen und der übermäßigen Nutzung unserer natürlichen Ressourcen Hand in Hand gehen müssen, und unsere politische Familie ist die einzige, die diese Prioritäten miteinander vereinen und umsetzen kann. Diesbezüglich konnten wir eine Zweckbindung von Fördermitteln für Klimaschutzprojekte im Rahmen des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen erreichen.

In Übereinstimmung mit ihrer eindeutigen Unterstützung für das Pariser Klimaabkommen hat unsere Fraktion einen gerechten Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft aktiv gefördert. Wir haben entscheidend zur Verbesserung der EU-Gesetzgebung für verbindliche Ziele zur Minderung der Treibhausgasemissionen, für die Festlegung von Emissionsnormen für Personenkraftwagen und Lastwagen sowie für Emissionssenkungen für andere Luftschadstoffe beigetragen. Wir haben die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für den Emissionskandal in der Autoindustrie gefordert und als Ergebnis unserer Arbeit wurden Maßnahmen beschlossen, um die Zulassung und Überwachung von neuen Fahrzeugen zu verschärfen. Bei den Verhandlungen über eine faire Überprüfung des Emissionshandelssystems sind wir hart geblieben, um bessere Anreize für den Kohleausstieg der Industrie zu bieten. Gegen einen kompromisslosen Rat haben wir auch hart für ehrgeizigere Zielvorgaben für Biotreibstoffe gekämpft.

Die Energiepolitik der EU ist beim gerechten Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung eine potenziell wichtige Größe. Unsere Fraktion führte die Verhandlungen über Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Rahmen des Gesetzespakets "Saubere Energie" und setzte deutlich ambitioniertere Ziele als die von der EU zunächst für das Jahr 2030 zugesagten durch. Wir haben die private Erzeugung erneuerbarer Energie durch die Verbraucher unterstützt und die Mitgliedsstaaten verpflichtet, Energieeffizienzmaßnahmen für die ärmsten und schwächsten Bevölkerungsgruppen zu erleichtern. Das steht in vollem Einklang mit dem Manifest über die Bekämpfung der Energiearmut, das unsere Fraktion im Jahr 2016 beschlossen hat.

Unser Konzept für die Landwirtschaftspolitik legt einen Schwerpunkt auf Aspekte der Umwelt, der Gesundheit und der nachhaltigen Entwicklung. Das war der Fall, als wir über Rechtsvorschriften diskutierten, die Teil der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik waren. Wir konnten die Führungsrolle übernehmen und dafür sorgen, dass die Reformen im Einklang mit den nachhaltigen Entwicklungszielen sind und wir unterstützten die Produktion von gesunden Lebensmitteln. Wir haben es geschafft, Rechtsvorschriften festzulegen, die eine wirkliche Bioproduktion und einen echten ökologischen Landbau sicherstellen und beispielsweise Landwirte vor den großen Monopolen beschützen würden, die von bedeutenden Saatgutunternehmen geschaffen wurden. Wir werden weiterhin auf einen ehrgeizigen Rechtsrahmen für den Schutz von Landwirten vor missbräuchlichen Praktiken in der Lebensmittelversorgungskette bestehen.

Die gleiche Haltung haben wir auch bei der Überarbeitung der gemeinsamen Fischereipolitik angenommen. Wir haben hart gearbeitet, um die Nachhaltigkeit in der Industrie zu fördern, die Schonung der natürlichen Ressourcen zu optimieren, die Rückverfolgbarkeit von Nahrungsmitteln zu garantieren und ein angemessenes Einkommen und faire Arbeitsbedingungen für Fischer zu bieten. Unsere Fraktion hat großen Einfluss auf die Überarbeitung der gemeinsamen Fischereipolitik ausgeübt und sie auf einen ökologisch nachhaltigeren Pfad gelenkt. Seither und trotz unserer Bemühungen bedauern wir jedoch den dürftigen Umsetzungsstand der gemeinsamen Fischereipolitik in diesem Kontext. Zudem haben wir auch die grausame und unhaltbare Praxis der Elektrofischerei verboten.

Ähnlich sind wir angesichts der Erkenntnisse eines speziellen parlamentarischen Untersuchungsausschusses auch bei Pestiziden und Herbiziden vorgegangen. Der Sonderausschuss hat die Zulassungsverfahren der EU für Pestizide überprüft und wir sind zu unseren Prinzipien gestanden und haben die Gesundheit und das Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger als vorrangig verteidigt. Wir haben die Stellungnahme der Kommission und der Mitgliedsstaaten verurteilt, die klar zugunsten der großen Unternehmen war, welche diese potenziell giftigen Chemikalien herstellen. Außerdem haben wir mehr Transparenz in den Risikobewertungsverfahren der EU gefordert.

Bei den Verhandlungen über das neue EU-Gesetz für übertragbare Tierkrankheiten haben wir das Bedürfnis nach besserer öffentlicher Gesundheit mit dem Tierschutz verknüpft. Zudem haben wir die EU-Gesetze für Lebensmittel und Materialien mit Lebensmittelkontakt sowie für die Qualität und Sicherheit von Futtermitteln und Wasser gestärkt, in Verbindung mit einer besseren Umsetzung und Kontrolle. Den Vorschlag der Kommission zu Nahrungsmitteln von geklonten Tieren und ihren Nachkommen haben wir abgelehnt, da er nicht genug Schutzmaßnahmen und Beschränkungen enthielt.

Im Bereich der Gesundheit haben wir sichergestellt, dass die Gesetzgebung für die Beurteilung von Medizinprodukten aktualisiert und zwecktauglich gemacht wurde. Zudem haben wir als Vorreiter Rechtsvorschriften gefordert und durchgesetzt, die gemeinsame klinische Bewertungen von Gesundheitstechnologien in der EU etablieren. Auch mit unserer Forderung nach einem koordinierten Gesundheitsaktionsplan gegen die besorgniserregende Entwicklung der Antibiotikaresistenz beim Menschen und bei Nutztieren waren wir effektiv.

Wir waren wegweisend beim Gesetzespaket zur Kreislaufwirtschaft und haben die Vorschriften für die Abfallbewirtschaftung durch eine Reihe von ehrgeizigen Maßnahmen mit Schwerpunkt auf Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling aktualisiert. Wir bestanden auf höheren Recyclingzielen für Siedlungsabfälle und auf spezifische Zielvorgaben für andere Abfallströme einschließlich Verpackung und Kunststoffe. Die Förderung einer Kreislaufwirtschaft, bei welcher der Wert der Produkte im Umlauf gehalten wird, schont unsere natürlichen Ressourcen und belegt unser Engagement für eine nachhaltige, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Wir verfechten auch entschieden die Verringerung von Lebensmittelabfällen in Übereinstimmung mit den Reduktionszielen der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen.

Der Verkehrssektor hat enorme Auswirkungen auf unsere Umwelt. Die S&D Fraktion forderte eine radikale Umstellung auf nachhaltigere Verkehrsträger einschließlich alternativer Treibstoffinfrastruktur, einen rascheren Übergang zu elektrischen Fahrzeugen mit ehrgeizigen quantitativen Zielen und die vollständige Umsetzung des Verursacherprinzips. Die EU verfolgt das Ziel, dass es bis zum Jahr 2050 keine Verkehrstoten mehr in Europa gibt. Im Hinblick auf dieses Ziel haben wir ehrgeizige Maßnahmen für die Straßenverkehrssicherheit gefordert. Sicherheit stand bereits ganz oben auf unserer Agenda, als wir für die Verordnung zur Errichtung der Europäischen Agentur für Flugsicherheit stimmten.

Bei den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 hat unsere Fraktion den Widerwillen der Mitgliedsstaaten zutiefst bedauert, ein Budget zu unterstützen, welches die europäischen Ambitionen vollständig widerspiegelt und unterstützt. Leider haben wir Recht behalten.

EHRGEIZ UND ZUSAMMENHALT

im Mittelpunkt unseres europäischen Projekts

"Angesichts des kommenden Mehrjährigen Finanzrahmens werden wir weiterhin auf einen soliden und wirksamen Haushalt bestehen, der von flexibleren Vorschriften und Verfahren bestimmt wird."



Antonio Costa, Premierminister, Portugal, und Udo Bullmann, Vorsitzender der S&D Fraktion



Together-Veranstaltung – Brüssel, Oktober 2017

Die Unfähigkeit der EU, den zahlreichen Krisen der letzten Jahre angemessen zu begegnen, wurde durch ihre budgetären Beschränkungen noch verschärft. Angesichts des bevorstehenden Mehrjährigen Finanzrahmens werden wir weiterhin auf einen soliden und wirksamen Haushalt bestehen, der von flexibleren Vorschriften und Verfahren bestimmt wird, die seine Durchführung erleichtern. Wir werden auch weiter auf die Notwendigkeit eines künftigen Eigenmittelsystems wie auf Halbzeitbewertungen bestehen, um die Prioritäten den veränderten Bedürfnissen oder neuen Entwicklungen anzupassen. Diese Prioritäten sollten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder zur Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung umfassen. Der Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 wird den Bedürfnissen eines stärkeren und gerechteren Europas bei weitem nicht gerecht. Wir sind zutiefst enttäuscht über die starre Haltung des Rats, der nicht bereit ist, weiter zu gehen. Es besteht die Gefahr, dass Entscheidungen auf die nächste Legislaturperiode verschoben werden. Daher werden wir weiter kämpfen, um eine angemessene Lösung zu finden.



Together-Konferenz – Valencia, Spanien, September 2017

Solide regionale Politiken sind unerlässlich, wenn wir die Solidarität und den Zusammenhalt innerhalb Europas weiter fördern wollen. Die zahlreichen EU-finanzierten Projekte und Programme können den Bürgerinnen und Bürgern und den Gemeinden vermitteln, welchen zusätzlichen Nutzen die EU für ihr tägliches Leben bringt. So können sie sich als Teil des europäischen Projekts fühlen. Unsere Fraktion hat konsequent an einer Reihe von Themen gearbeitet: Wir haben eine städtische Entwicklung vorgeschlagen, die die gesellschaftliche Integration, den demographischen Wandel und die Nachhaltigkeit fördern würde. In Bezug auf die Kohäsionspolitik nach 2020 fordern wir angemessene finanzielle Mittel und vereinfachte Entscheidungsverfahren. Außerdem bestehen wir auf die aktive Einbeziehung aller Akteure, einschließlich auf die von Nichtregierungsorganisationen und lokalen, regionalen und nationalen Behörden. Beschäftigung, Klimawandel, Bevölkerungsentwicklung und die Integration von Migranten sind die wichtigsten Prioritäten. Zudem muss es unbedingt einen Schwerpunkt zu makroregionale Politiken geben, die als Bindeglied zwischen der EU und ihren Nachbarn als Ganzes agieren.



Schule der Demokratie – Italien, Juni 2018





Tanja Fajon und **Elena Valenciano**, stellvertretende Vorsitzende der S&D Fraktion, **Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen** – Brüssel, Juni 2018

LEIDENSCHAFTLICHE VERTEIDIGER

der europäischen Werte, der Bürgerrechte und der Rechtsstaatlichkeit



Das Europäische Projekt befindet sich an einem Scheideweg seiner Geschichte. Seine grundlegenden Werte – europäische Solidarität, Menschenrechte und Demokratie – werden von Populisten und Extremisten bedroht, die die Migrationskrise für ihre eigenen fragwürdigen Ziele ausnutzen. Es ist höchste Zeit, dass Demokraten und Europabefürworter mobil machen und ihre absolute Einsatzbereitschaft für die Werte und Prinzipien zeigen, die Jahrzehnte des Friedens, des Wohlstands und der Demokratie garantiert haben. Unsere Fraktion hat diese Prinzipien gegen zahlreiche Herausforderungen erfolgreich verteidigt.

Wir haben die aktuellen Regierungen Polens und Ungarns wegen ihres erbärmlichen, antidemokratischen Verhaltens wiederholt angeprangert. Wir stehen voll und ganz hinter der Verurteilung ihrer Aktionen durch das Europäische Parlament und wir haben für die überwältigende Unterstützung in der Abstimmung gesorgt, die das Verfahren nach Artikel 7(1) des EU-Vertrags gegen Ungarn eingeleitet hat. Der Rat wird jetzt entscheiden, ob die Gefahr besteht, dass Ungarn gegen EU-Werte verstößt.

Die Migration und die Flüchtlingskrise stehen seit einiger Zeit ganz oben auf der EU-Agenda. Die Europäische Union war nicht imstande, einen langfristigen Plan zu entwickeln. Unsere Fraktion hat sich konsequent für humanitäre Lösungen stark gemacht. Wir haben ein integriertes Migrationskonzept auf der Grundlage von Solidarität und gemeinsamer Verantwortlichkeit verfochten und uns für die Achtung der Grundrechte, einen ausgewogenen Ansatz gegenüber Drittländern und eine allgemein positivere Sicht auf das, was die Migration bieten kann, eingesetzt. Statt zwanghafter Sicherheitsmaßnahmen sollte eine bessere Integration in unsere Gesellschaften, in unsere Bildungssysteme und in unsere Arbeitsmärkte ganz oben auf der Agenda stehen. Unsere Fraktion ist stolz darauf junge Flüchtlinge als Praktikanten und Praktikantinnen aufgenommen zu haben. Wir fordern die EU auf, diese Prinzipien im Rahmen der Vereinten Nationen zu verteidigen. Darüberhinaus haben wir auf internationaler Ebene die uneingeschränkte Anerkennung von Klimamigranten verlangt, unterstützt durch ein internationales Rechtsschutzinstrument.

Was das Asylrecht anbelangt, haben wir uns für eine grundlegende Reform der undurchführbaren Dublin-Verordnung und anderer Gesetze stark gemacht. Dazu zählen

die Aufnahmestandards sowie die Voraussetzungen unter denen Asylsuchenden internationaler Schutz zu bewilligen ist.

Wir werden weiterhin die Annahme von Rechtsvorschriften für humanitäre Visa für Personen fordern, die internationalen oder humanitären Schutz beantragen. Derartige Visa würden von der Botschaft oder dem Konsulat eines EU-Mitgliedsstaats ausgestellt und würden Asylsuchenden die Freiheit geben, im betreffenden Mitgliedsstaat Schutz zu ersuchen.

Wir glauben, dass Bürgerinnen und Bürger, die humanitäre Hilfe leisten, nicht kriminalisiert, sondern gelobt werden sollten. Daher haben wir die Kommission aufgefordert, Leitlinien zu erlassen, um die Kriminalisierung solcher Menschen zu verhindern.

Wir fühlen uns der Verteidigung von Minderheiten zutiefst verpflichtet und haben konsequent gegen Antisemitismus angekämpft. Wir werden unseren Kampf für die Achtung der Roma und für die Rechte und die Würde von LGBTI-Personen fortsetzen.

Unsere Fraktion hatte maßgeblichen Anteil an der Bildung einer breiten Mehrheit im Europaparlament für die Unterstützung der Resolution zur Verurteilung neofaschistischer Gewalt in Europa. Sie prangerte die Zunahme der rechtsextremen Gewalt in Europa an und verurteilte die „Normalisierung“ dieser Ideologien und anderer Formen von Intoleranz. Die Entschließung betonte auch, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten über Rechtsinstrumente verfügen, um Maßnahmen zu ergreifen. Der Rahmenbeschluss des Rates zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist ein Beispiel dafür. Das gibt der Kommission die Befugnis, Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedsstaaten einzuleiten, welche die in diesem Rahmenbeschluss festgeschriebenen Bestimmungen nicht erfüllen.

Der Schutz der Privatsphäre ist ein weiterer Kampf, den wir aufgenommen und gewonnen haben. Wir haben eine Überarbeitung und Verbesserung der Gesetzgebung für den Schutz personenbezogener Daten durchgesetzt. Diesbezüglich begrüßen wir das Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung, die globale Datenschutznormen festlegt, um den EU-Bürgern mehr Kontrolle über ihre persönlichen Daten zu geben und ihre Sicherheit sowohl online als auch offline zu verbessern. Angesichts des Facebook/Cambridge-Analytica-Skandals und zahlreicher anderer Fälle von Online-Verstößen gegen die

Privatsphäre und von Identitätsklau, haben wir auch beim Schutz der individuellen Privatsphäre eine kompromisslose Haltung vertreten. Unsere Fraktion hat bei der Debatte den Ton angegeben und eine breite Parlamentsmehrheit zugunsten einer starken Resolution mobilisiert, die Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger forderte. Weiterhin forderte sie Maßnahmen, um die Manipulation von Wahlen zu verhindern und Bedrohungen durch eine Armee von Trollen und Hackern entgegenzuwirken, die im Internet Fehlinformationen verbreiten und die Demokratie untergraben.

Leider haben wir es mit einem Rat zu tun, der der Industrie und ihren unethischen Geschäftspraktiken den Vorrang vor Bedenken über den Schutz der Privatsphäre einräumt. Immer wieder haben wir bei Verhandlungen über neue Gesetze die Rechte der Bürgerinnen und Bürger verteidigt. So haben wir beispielsweise in der Frage der Übermittlung und Verarbeitung von Fluggastdatensätzen konsequent dafür gesorgt, dass unser Recht auf Privatsphäre und allgemein unsere in der Grundrechtecharta verankerten Rechte nicht gefährdet werden.

Wir glauben, dass Gerechtigkeit und Sicherheit Hand in Hand mit den Rechten der Bürgerinnen und Bürger gehen. Im Gegensatz zu dem, was die Europaskeptiker glauben, erachten wir die europäische Zusammenarbeit als ein echtes Plus, und so haben wir die Schaffung der Europäischen Staatsanwaltschaft sichergestellt.

Wir glauben an die volle Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am demokratischen Prozess. Die Europäische Bürgerinitiative ist in dieser Hinsicht ein einzigartiges und innovatives Instrument. Wir haben den neuen Vorschlag für eine Verordnung zur Behebung der in den letzten Jahren festgestellten Mängel unterstützt, um die Bürgerinitiative leichter zugänglich und weniger mühsam zu machen. Außerdem haben wir uns dafür eingesetzt, sie für junge Menschen ab 16 Jahren zu öffnen.

Große Teile unserer europäischen Gesetze müssen aktualisiert und an das digitale Zeitalter angepasst werden. Unsere Fraktion hat bei der Überarbeitung der Richtlinie für das Urheberrecht die Führungsrolle übernommen. Wir haben uns für einen Ansatz stark gemacht, der einen fairen Ausgleich zwischen den zahlreichen Interessen der Betroffenen sucht: Verbraucher, Urheber und ausübende Künstler, die europäische Kultur, die Meinungsfreiheit im Internet und die europäische Wettbewerbsfähigkeit im digitalen Zeitalter. Die rasante Entwicklung der Robotik eröffnet neue Perspektiven für unsere Wirtschaften und Bürger, wirft aber auch Fragen in Bezug auf ihre möglichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Besteuerung und unsere Sozialsysteme auf. Unsere Fraktion hat diese Risiken im Voraus bedacht und die Kommission aufgefordert, einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, der auf diese Aspekte angemessen eingeht. Wir werden diesbezüglich den politischen Druck aufrechterhalten.



Mercedes Bresso, stellvertretende Vorsitzende der S&D Fraktion

"Statt zwinghafter Sicherheitsmaßnahmen sollte eine bessere Integration in unsere Gesellschaften, in unsere Bildungssysteme und in unsere Arbeitsmärkte ganz oben auf der Agenda stehen."



FÖRDERUNG FORTSCHRITT- LICHER EUROPÄISCHER WERTE

auf der Welt



Jeppe Koffod, stellvertretender S&D Fraktionsvorsitzender

Wir glauben fest an die wichtige Rolle des Europäischen Parlaments in der interparlamentarischen Diplomatie und wir gratulieren der EU unter Leitung der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik zu ihrer aktiven Präsenz auf der internationalen Bühne. Wir haben viele Initiativen mit Irak, Saudi-Arabien und Kuwait angeführt mit dem Ziel, Stabilität, Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen im Nahen Osten voranzutreiben. Wir engagieren uns auch für den Westbalkan und für einen konstruktiven Dialog mit den Abgeordneten der russischen Duma. Zudem arbeiten wir eng mit unseren südlichen Nachbarn zusammen, um Stabilität zu garantieren, die Demokratie zu festigen und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Wir setzen uns für die Bekämpfung des Terrorismus und die effektive Steuerung der Flüchtlingskrise und des Migrationsprozesses in Nordafrika ein.

"Wir haben die EU aufgefordert, sich für eine enge Verknüpfung von handelspolitischen Erwägungen mit sozialen Anliegen und mit Umweltbelangen einzusetzen."

Seit einigen Jahren arbeiten wir aktiv an einer sinnvolleren Partnerschaft der EU mit Afrika. Wir haben „Afrika-Wochen“ organisiert, wo Partner, die unsere fortschrittlichen Werten und Visionen teilen, zusammenkommen, um über verschiedene Fragen zu diskutieren: Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und guter Regierungsführung; Entwicklung nachhaltiger Wirtschaftsformen; Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung; Stärkung der Rolle der afrikanischen Frauen und Jugendlichen; Ausweitung des fairen Handels; Förderung der nachhaltigen Entwicklung; Klimaschutz.

Der israelisch-palästinensische Konflikt und der Nahost-Friedensprozess sind nach wie vor zentrale Themen auf unserer internationalen Agenda. Auch hier haben wir die parlamentarische Diplomatie genutzt, um die Rolle der Europäischen Union zu stärken und Brücken zu unseren Schwesterparteien auf beiden Seiten zu bauen. Wir fühlen uns der Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Friedensinitiativen auf der Basis von Zusammenarbeit zwischen Israel und Palästinensern stark verpflichtet. Im Europäischen Parlament waren wir maßgeblich an der Bildung progressiver Mehrheiten beteiligt, die die Prinzipien des Friedens, des gegenseitigen Respekts, der Demokratie und der Menschenrechte verteidigt haben. Zudem haben wir uns gegen die Vertreibung von Beduinen-Gemeinschaften aus den besetzten Palästinensergebieten eingesetzt.

Nach wie vor sind wir standhafte Verteidiger der Menschenrechte. Wir haben die Debatten des Europaparlaments angeführt, die ein Waffenembargo gegen Saudi-Arabien wegen seiner eklatanten Verletzung des humanitären Völkerrechts in Jemen gefordert haben. Wir haben immer wieder unsere Sorgen über Entwicklungen in der Türkei geäußert, was dazu führte, dass das Europäische Parlament die Beitrittsverhandlungen formell ausgesetzt hat. Wir haben den Internationalen Strafgerichtshof und die internationale Strafgerichtsbarkeit konsequent unterstützt. Wir haben den Sacharow-Preis für geistige Freiheit des Europaparlaments stets hoch geschätzt, da er ein wichtiges Mittel ist, um den Mut und die Opfer von Menschenrechtsverteidigern auf der ganzen Welt zu ehren und zu würdigen. In dieser Hinsicht sind wir äußerst stolz auf unsere Unterstützung für Nadia Murad und Denis Mukwege, die beide den Sacharow-Preis gewonnen und in der Folge auch den Friedensnobelpreis erhalten haben.

Auf dem Gebiet der Verteidigung und Sicherheit unterstützten wir einen ausgewogenen Multilateralismus und die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO. Wir haben uns auf die neuen Bedrohungen konzentriert, die der Cyberspace darstellt, sowie auf die Notwendigkeit für die EU, sich vor Desinformation und Cyber-Angriffen zu schützen. Wir haben uns auch entschieden gegen „Killer-Roboter“ ausgesprochen.

In dieser globalisierten Welt haben wir uns stets für ein alternatives Modell der Handelspolitik eingesetzt, bei dem der Außenhandel ein Träger der europäischen Normen und Werte ist, statt das trojanische Pferd für Sozial- und Umweltdumping und ethisch fragwürdige Praktiken. Wir haben die EU aufgefordert, sich innerhalb der Welthandelsorganisation für eine enge Verknüpfung von handelspolitischen Erwägungen mit sozialen Anliegen und mit Umweltbelangen einzusetzen. Bei der Überarbeitung der handelspolitischen Schutzinstrumente konnten wir stärkere Bestimmungen in Bezug auf Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen durchsetzen, zusammen mit angemessenen Schutzmaßnahmen für Sozial- und Umweltnormen und einer wichtigeren Rolle für das Europaparlament und die Gewerkschaften in diesem Prozess. Außerdem bestanden wir auf mehr Transparenz bei Verhandlungen über Handelsabkommen.

Das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) war ein gutes Beispiel dafür, wie wir sichergestellt haben, dass die EU-Standards nicht gesenkt werden, insbesondere in den Bereichen Arbeitsrechte, Umwelt, Landwirtschaft und auch in Schlüsselsektoren des verarbeitenden Gewerbes. Dank unserer Hartnäckigkeit konnten wir auch das dubiose Investor-Staat-Schiedsverfahren beseitigen und es durch ein faires und transparentes öffentliches System ersetzen. Das war ein eindeutiger politischer Sieg für unsere Fraktion, mit dem wir der Kommission gezeigt haben, dass Handelsabkommen keinerlei potenziell negativen Auswirkungen auf unser Wirtschafts-, Sozial- und Umweltmodell haben dürfen. Außerdem müssen sie viel transparenter ausgehandelt werden.

Im Kontext einer EU-US-Beziehung, die durch eine ungewöhnliche und streitlustige US-Präsidentschaft gefährdet ist, sprechen wir uns für eine bedingte Wiederaufnahme von

Handelsverhandlungen aus, wobei die Beseitigung der illegalen US-Zölle auf Stahl und Aluminium eine Vorbedingung ist. Wir sind nach wie vor gegen die Idee einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) „light“ und wären nur bereit, ein umfassendes und ausgewogenes Handelsabkommen zu akzeptieren, das beiden Seiten des Atlantiks zugutekommt und zugleich all unsere Bedingungen erfüllt.

Was China anbelangt, haben wir Bedenken über die Risiken von unlauteren Praktiken und Dumping als Ergebnis seines neuen Status als Marktwirtschaft geäußert. Wir befürchteten, dass viele der geltenden Antidumping- und Antisubventionsregeln, die bislang auferlegt worden sind, abgeschafft würden. Daher konnten wir strenge Garantien und Vorschriften zum Schutz unserer Volkswirtschaften vor diesem Giganten durchsetzen, dessen Wirtschaft immer noch staatlich kontrolliert ist.

Wir betrachten Lateinamerika als ausgezeichneten Partner, der viele unserer Werte teilt. Wir intensivieren unsere Handelsbeziehungen mit diesem wichtigen Teil der Welt, indem wir in unsere diversen Handelsabkommen solide Antikorruptionsbestimmungen integrieren.

Die Maßnahmen der EU gegen den Handel mit Konfliktmineralien waren ein großer Erfolg für unsere Fraktion. Zu viele Bodenschätze werden unabhängig von ihrer Herkunft und den Konsequenzen gehandelt. Das heizt Konflikte an und ruft Zwangsarbeit und sexuelle Gewalt hervor. Wir haben es geschafft, aus dem schwachen Kommissionsvorschlag, der auf Freiwilligkeit beruhende Maßnahmen vorsah, ein verbindliches Gesetz zu machen, das die Unternehmen zu transparentem Handeln verpflichtet, damit die Verbraucher wissen, ob die Waren, die sie kaufen, ethisch unbedenklich sind. Allgemein haben wir darauf bestanden, dass als Vorbedingung für Handelsabkommen und bei der Gewährung des präferentiellen Zugangs zum EU-Markt für Entwicklungsländer eine Menschenrechtsklausel aufgenommen wird. Außerdem haben wir die ordnungsgemäße Umsetzung der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen genau verfolgt, und wir unterstützen diesbezüglich nach wie vor ein rechtsverbindliches Instrument.



Enrique Guerrero Salom, Vorsitzender des Global Progressive Forum

Die Entwicklungspolitik ist ein wichtiger Bereich, der mehr denn je unsere volle Aufmerksamkeit verdient. Wir hatten maßgeblichen Anteil an der Festlegung der diesbezüglichen EU-Agenda. Der neue europäische und interinstitutionelle Konsens für die Entwicklungspolitik bestätigt wichtige Grundsätze wie die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, die Notwendigkeit, auf die Grundursachen der Migration einzugehen, und die Weiterentwicklung nachhaltiger und integrativer Entwicklungsziele. Wir haben die korrekte Umsetzung dieser Prinzipien im Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung erreicht und weitere Investitionen für Afrika und die benachbarten Länder mobilisiert.

Wir haben für die volle Einbeziehung der Geschlechtergleichstellung in das außenpolitische Handeln der EU gekämpft und alle Versuche der reaktionären Kräfte in diesem Parlament abgeschmettert, die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte aus diesem Politikbereich auszuschließen. Für uns bleibt der Zugang zur Bildung für alle im Mittelpunkt der Entwicklungspolitik. Dank unserer Kampagne EDUCA konnten wir auf die Notwendigkeit humanitärer Bildung in Konflikt- oder Katastrophengebieten aufmerksam machen und auch eine Aufstockung der Mittel sicherstellen.

Die Beziehungen mit der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten) und insbesondere mit Afrika sind für unsere Fraktion eine Priorität. In dieser Hinsicht übernehmen wir die Führungsrolle bei der Vorbereitung der Partnerschaft AKP-EU nach Cotonou. Auch hier bestehen wir auf die Entwicklung eines gemeinsamen Engagements für Demokratie, Menschenrechte, gute Regierungsführung, einen echten parlamentarischen Prozess und die umfassende Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

Nach dem tragischen Einsturz der Rana-Plaza-Fabrik in Bangladesch machten wir Druck auf die Kommission, dringend ein EU-Gesetz auf den Weg zu bringen, um Normen für ein verantwortungsvolles Management der Bekleidungsindustrie festzulegen.



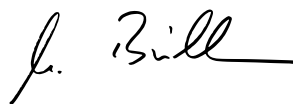
Victor Boştinaru, stellvertretender Vorsitzender der S&D Fraktion

DER WEG NACH VORNE

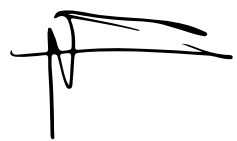
Dies sind nur einige unserer zahlreichen Errungenschaften im Europäischen Parlament bis heute. Jetzt ist es Zeit, den Blick auf die zahlreichen Herausforderungen zu richten, die vor uns liegen. Wir wissen alle, dass das europäische Projekt an einem Scheideweg steht. Wir wissen alle, dass unsere Werte der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität, des Frieden und der Demokratie auf dem Spiel stehen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat einen Schlachtplan für die Europawahlen 2019 beschlossen. Er fordert einen radikalen Wandel in Europa. Er beruht auf der Förderung eines nachhaltigen Entwicklungsmodells und will einen neuen Gesellschaftsvertrag in den Mittelpunkt Europas stellen. Er zielt darauf ab, soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung unseres Planeten für die jetzigen und zukünftigen

Generationen miteinander zu vereinbaren. Jetzt müssen wir uns darauf vorbereiten, mit Stolz und Leidenschaft für das zu kämpfen, was zählt und dieses Projekt zu verteidigen.

Die Arbeit der S&D Fraktion wird durch ein Sekretariat mit fast 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen 28 EU-Mitgliedsstaaten unterstützt. Diese hoch motivierten, politisch engagierten und hochqualifizierten Expertinnen und Experten stehen im Dienst der Mitglieder der Fraktion. Sie sichern die Kontinuität unserer Arbeit von einer Amtszeit zur anderen. Ihre Rolle ist es, die Abgeordneten im politischen Entscheidungsprozess zu beraten und die Beschlüsse der Gremien der S&D Fraktion umzusetzen.



Udo Bullmann
Vorsitzender der S&D Fraktion



Javier Moreno Sánchez
Generalsekretär der S&D Fraktion

ÜBER DIE S&D FRAKTION

Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (die S&D Fraktion) ist die zweitgrößte politische Fraktion im Europäischen Parlament mit 187 Mitgliedern aus allen 28 EU-Mitgliedsstaaten.

Wir stehen für eine europäische Gesellschaft, die alle einbezieht und auf den Prinzipien der Solidarität, der Gleichberechtigung, der Vielfalt, der Freiheit und der Gerechtigkeit beruht. Wir machen uns stark für soziale Gerechtigkeit, Beschäftigung und Wachstum, Verbraucherrechte, nachhaltige Entwicklung, Finanzmarktreflexionen und Menschenrechte, um ein stärkeres und demokratischeres Europa und eine bessere Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.



progressive
society

www.progressivesociety.eu



TOGETHER
A new direction for a progressive Europe
Stand up for our future!

www.europe-together.eu

**GLOBAL
PROGRESSIVE
FORUM**

www.globalprogressiveforum.org



TheProgressives



socialistsanddemocrats



socsanddems



socsanddems



socsanddems



socialistanddemocrats

www.socialistsanddemocrats.eu



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

© 2018 v1 Gedruckt und
veröffentlicht: Javier Moreno
Sánchez, Generalsekretär, S&D
Fraktion im Europäischen Parlament,
rue Wiertz, 1047, Brüssel

